

**Vorlage Nr. 101.16.1789**

**Der Antrag wurde von der SPD-Fraktion im Einvernehmen mit Stadtverordneten B. Häfner in der Sitzung des Ältestenrates am 20. September 2010 zurückgezogen.**

---

**S.I.G.N.A.L.**

**Gemeinsamer Antrag**

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Kassel verurteilt ausdrücklich Gewalt gegen Frauen bzw. häusliche Gewalt, die ein schweres Delikt darstellen und das Menschenrecht auf Gewaltfreiheit verletzt.

Sie verurteilt diese Delikte, die Tötungen, Vergewaltigungen, Bedrohungen, Nötigungen, Freiheitsberaubungen, Sachbeschädigungen, Beleidigungen, Verstöße gegen das Gewaltschutzgesetz und andere beinhalten.

Die Stadtverordnetenversammlung begrüßt das Interventionsprogramm zur Verbesserung der Versorgung von Betroffenen häuslicher Gewalt - S.I.G.N.A.L. - im Klinikum Kassel und bittet alle betroffenen Gesundheitseinrichtungen wie Kliniken, ärztl. Notdienst, Hausärzte, Gynäkologen etc., dieses Projekt in Zusammenarbeit mit dem Klinikum aufzunehmen oder selbst vergleichbare Projekte einzurichten.

Gewalt ist nach Einschätzung der WHO einer der zentralen Risikofaktoren für die Gesundheit von Frauen.

Mindestens jede vierte Frau im Alter zwischen 16 – 85 Jahren hat einmal körperliche Übergriffe erlebt.

Jede siebte Frau hat sexuelle Gewalt durch Vergewaltigung, versuchte Vergewaltigung oder Nötigung zu sexuellen Handlungen erlitten.

In Stadt und Landkreis Kassel gab es 1055 Fälle von häuslicher Gewalt im Jahr 2009. Die Dunkelziffer bei Gewalt gegen Frauen liegt nach Auffassung von Fachleuten höher als bei anderen Delikten. Geschätzt wird ein Verhältnis von eins zu zwanzig.

Häusliche Gewalt erstreckt sich ausnahmslos durch alle Schichten. Weitere Problemfelder sind Alkoholismus und Arbeitslosigkeit. Bei der überwiegenden Zahl sind auch Kinder mittelbar oder unmittelbar betroffen

Frauen mit Gewalterfahrungen nehmen Gesundheitseinrichtungen verstärkt in Anspruch. Häufig erzählen Frauen nicht den wahren Grund ihrer körperlichen oder psychischen Verletzung, sondern erfinden irgendwelche Geschichten.

Oft ist das Eingeständnis, von Gewalt betroffen zu sein, mit sehr viel Scham besetzt. Erschwerend hinzu kommt, dass oft eine lähmende Angst vor weiterer Gewalt und den Folgen einer Anzeige vorherrscht.

Anzeichen von Gewalteinwirkung werden häufig von ärztlichen und pflegerischen MitarbeiterInnen nicht wahrgenommen und es besteht eine große Unsicherheit im Umgang mit den betroffenen Frauen.

Deshalb hat das Klinikum ein Projekt gestartet, dass das Personal schulen und qualifizieren soll. Es ist ein Handlungs- und Dokumentationskonzept erarbeitet worden, um den Frauen gezielt helfen und sie in geeigneter Form ansprechen zu können. Seit Einführung des Projektes hat das Klinikum positive Erfahrungen damit gemacht.

Da betroffene Frauen auch andere Gesundheitseinrichtungen in Anspruch nehmen, ist es besonders wichtig, dass auch dort die Mitarbeiter besonders geschult sind im Umgang mit den Frauen, damit ihnen aus ihrer bedrohlichen Situation geholfen werden kann.

Berichtersteller/-in:                    Stadtverordnete Jakat

Uwe Frankenberger MdL  
Fraktionsvorsitzender SPD

Bernd Häfner  
Stadtverordneter